

BREITE UNTERSTÜTZUNG

Wir lehnen das Militärgesetz aus friedenspolitischen Gründen ab:

Alternative Liste Zürich; Basels starke Alternative, BastAl; attac Schweiz; Centre Martin Luther King, CMLK; Christlicher Friedensdienst, cfd; C.E.D.R.I; Centrale Sanitaire Suisse, CSS Zürich; Gewerkschaft Bau und Industrie, GBI; Grünes Bündnis Luzern, Bern, St. Gallen; Grüne Zürich, Genf; Juso Basel, St. Gallen, Schaffhausen, Zürich; Gruppe für eine Schweiz ohne Armee, GSoA; Neue Partei der Arbeit Basel; Partei der Arbeit, PdA; phase 1, Luzern; Schweizerische Friedensbewegung, SFB; Sozialistisch Grüne Alternative Zug, SGA; SP Genf, Waadt, Tessin; SoAL/Solidarität Basel; Solidarité Lausanne, Genf, Neuenburg, Ticino; terre des hommes Schweiz; Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung; Verband der Studierenden der Uni Zürich, VSU; Verband Personal öffentlicher Dienste, VPOD.

Linard Bardill, Liedermacher, Scharans; **Peter Bodenmann**, Hotelier, Brig; **Erica Brühlmann-Jecklin**, Schriftstellerin, Liedermacherin, Schlieren; **Christian Brunier**, Kantonsrat SP, Genève; **Roland Brunner**, Geschäftsführer Medienhilfe Ex-Jugoslawien; **Cécile Bühlmann**, Nationalrätin Grüne, Luzern; **Franco Cavalli**, Nationalrat SPS, Bellinzona; **Liliane Chappuis**, Nationalrätin SPS, Fribourg; **Luca Buzzi**, Coordination GTSC, Bellinzona; **André Daguét**, Gewerkschaftssekretär, Bern; **Jean-Nils de Dardel**, Nationalrat SPS, Genf; **Jeannine de Haller**, Kantonsrätin Solidarité, Carouge; **Dimitri**, Clown, Borgnone; **Angeline Fankhauser**, alt Nationalrätin SPS, Oberwil BL; **Hildegard Fässler-Osterwalder**, Nationalrätin SPS, St.Gallen; **Trudy Frisch**, Architektin, Herrliberg; **Therese Frösch**, Finanzdirektorin, Bern; **Roger Gaillard**, Sekretär CMLK, Lausanne; **Valérie Garbani**, Nationalrätin SPS, Neuenburg; **Ruth Genner**, Nationalrätin Grüne, Zürich; **Paolo Gilardi**, GSsA, Carouge; **Balthasar Glättli**, Gemeinderat Grüne, Zürich; **Christine Goll**, Nationalrätin SPS, Zürich; **Alain Gonthier**, constituant, solidaritéS, Vevey; **Ruth Gonseth**, Nationalrätin Grüne, Liestal; **Christian Grobet**, Nationalrat Alliance de Gauche, Genf; **Remo Gysin**, Nationalrat SPS, Basel; **Dominique Hausser**, Arzt, Genève; **August E. Hohler**, Psychologe und Publizist, Basel; **Pia Hollenstein**, Nationalrätin Grüne, St. Gallen; **Gardi Hutter**, Clownerin, Arzo; **Christiane Jaquet-Berger**, présidente Parti suisse du travail, Lausanne; **Elisabeth Joris**, Historikerin, Zürich; **Susanne Leutenegger Oberholzer**, Nationalrätin SPS, Muttenz; **Pierre-Yves Maillard**, Nationalrat SPS, Lausanne; **Liliane Maury Pasquier**, Nationalrätin SPS, Genf; **Anne-Catherine Ménétrey Savary**, Nationalrätin Grüne, Lausanne; **Patrice Mugny**, Nationalrat Grüne, Genf; **Paul Parin**, Dr. med., Schriftsteller, Zürich; **Gusti Pollak**, Kulturschaffender, Boltigen; **Jean-Claude Rennwald**, Nationalrat SPS, Courrendlin; **Stéphane Rossini**, Nationalrat SPS, Nendaz; **Andi Rieger**, Sekretär GBI, Thalwil; **Regula Rytz**, Grossrätin Grünes Bündnis, Bern; **Samir**, Filmemacher, Zürich; **Annemarie Sancar**, Informationsbeauftragte cfd, Bern; **Hans Saner**, Philosoph, Basel; **Beat Schlatter**, Komiker, Zürich; **Hans Schächli**, Vizepräsident GBI, Basel; **Corinne Schärer**, VPOD-Sekretärin, Grossrätin Grünes Bündnis Bern; **Alexander J. Seiler**, Dr. phil., Filmautor und Publizist, Zürich; **Peter Sigerist**, Gewerkschaftssekretär, Bern; **Jean Spielmann**, Nationalrat PdT, Genf; **Peter Stamm**, Schriftsteller, Winterthur; **Peter Streckeisen**, attac Schweiz, Allschwil; **Hans Stürm**, Filmautor, Zürich; **Franziska Teuscher**, Nationalrätin Grünes Bündnis, Bern; **Pierre Tillmanns**, Nationalrat SPS, Lausanne; **Christian Tirefort**, Präsident comedia, Bern; **Hanspeter Uster**, Regierungsrat, Baar; **Ruth-Gaby Vermot**, Nationalrätin SPS, Bern; **Maja Wicki**, Philosophin, Zürich; **Jürg Wiedemann**, GSoA-Sekretär, Birsfelden; **Josef Zisyadis**, Nationalrat PoP, Lausanne; und viele mehr.

- ✂
- Schickt mir bitte _____ Abstimmungszeitungen zum Verteilen.
 - Schickt mir bitte _____ Abstimmungsplakate (Format A3) zum Aufhängen.
 - Ich bin bereit, mich zu engagieren.
 - Ich spende und möchte einen Einzahlungsschein. (Friedenspolitisches Referendum, 4127 Birsfelden, PC 40-351961-4)

Vorname: _____ Name: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

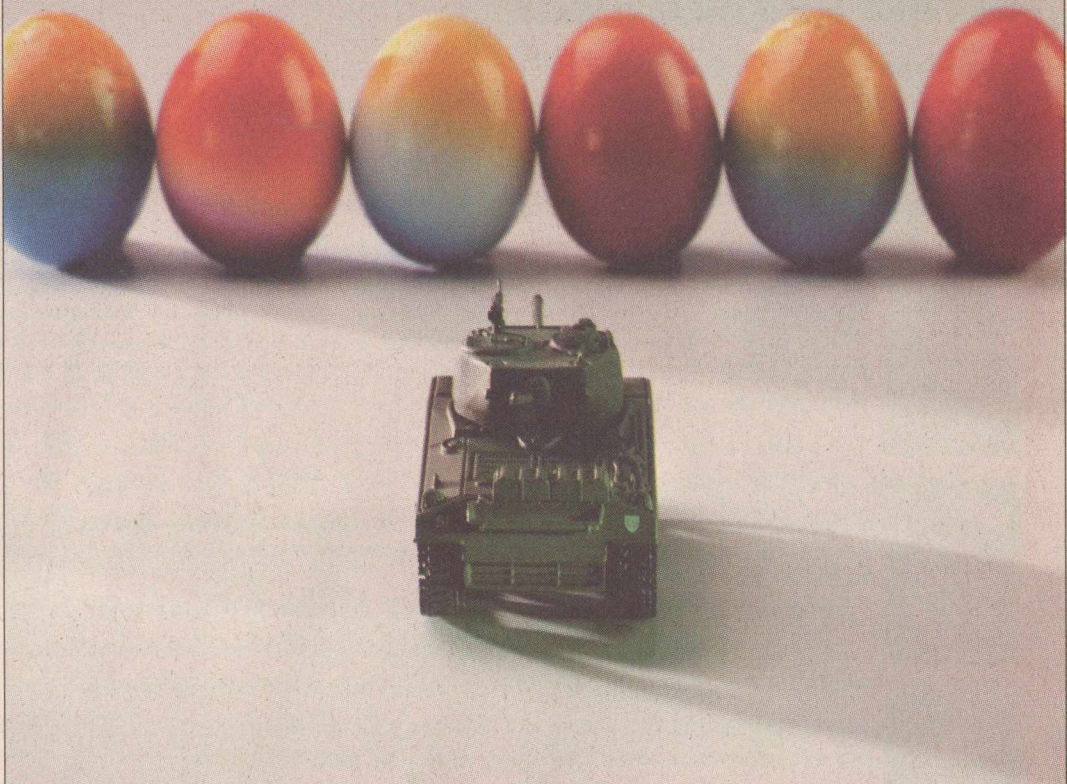
E-Mail: _____ Tel.: _____

Talon einsenden an:

Friedenspolitisches Komitee «Solidarität statt Soldaten» / GSoA, Postfach, 8031 Zürich; gsoa@gsoa.ch

ZIVILE LÖSUNGEN!

MILITÄRGESETZ 2X NEIN



KOMITEE «SOLIDARITÄT STATT SOLDATEN» | GSoA | WWW.ZIVIL.CH

SIEBEN GEDANKEN, DIE SIE SICH EINMAL GEMACHT HABEN SOLLTEN, BEVOR SIE ÜBER DIE TEILREVISION DES MILITÄRGESETZES ABSTIMMEN.

1

Die schrecklichen Bilder des Krieges lassen keine Ruhe. Himmelschreiende Ungerechtigkeit, unschuldig Leidende, sinnlose Zerstörung – all das ist unannehmbar. Wir wollen nicht länger zuschauen, sondern etwas dagegen unternehmen. Jetzt, sofort, irgendwie dem Schrecken ein Ende bereiten, die Unschuldigen retten, die Schuldigen bestrafen. In unserer Hilflosigkeit begrüssen wir alles, was unsere Ohnmachtsgefühle besänftigt.

2

Die Abscheu vor dem Krieg ist ein starkes Motiv für die Unterstützung militärischer Interventionen. Dies machen sich die Mächtigen seit jeher zu Nutze. Immer schicken sie ihre Armeen im Namen der Humanität, der Gerechtigkeit oder des Friedens in den Krieg. Und um so lauter reden sie von Menschenrechten, je mehr sie ihre eigenen strategischen Interessen verfolgen.

3

Misstrauen wird darum zur Gewissenspflicht. Immerhin geht es um Leben und Tod. Gewiss, die Kriegsbilder in unseren Wohnstuben sind unerträglich. Aber echte humanitäre Besorgnis lässt sich nicht mit einem spektakulären militärischen Gegenschlag beruhigen. Wer Gewalt mit Gewalt bändigen will, muss genau hinschauen. Je besser unsere Absichten sind, um so weniger dürfen wir zulassen, dass sie missbraucht werden.

4

Das neue Militärgesetz ist Ausdruck eines militärischen Kurzschluss-Denkens. Es geht um viel mehr als um «Selbstschutz» und die Teilnahme an unparteiischen, friedenserhaltenden Uno-Missionen. Dieses Gesetz erlaubt es der Schweizer Armee, Kriegseinsätze wie etwa den Golfkrieg zu unterstützen. Der Bundesrat bestimmt nach eigenem Gutdünken den Einsatz aller Waffen. Das Parlament hat es abgelehnt, klare Grenzen zu setzen. Mit Humanität hat diese Vorlage nichts zu tun.

5

Die Militärgesetzrevision bindet die Schweiz ins militärische Krisenmanagement der reichen Nato-Staaten ein. Und sie soll die weitere Aufrüstung einer Schweizer Armee legitimieren, der die Feinde abhanden gekommen sind. Das Gesetz widerspiegelt die Abschreckungsideologie: Die Festung der Reichen rüstet gegen die Elendsflüchtlinge. Doch durch diese militärische Hintertür sind Solidarität und politische Öffnung nicht zu haben.

6

Es gibt einen anderen Weg: Früherkennung und Prävention von Konflikten, zivile Zusammenarbeit, Abbau der Konfliktursachen. Die Welt braucht nicht mehr Militär. Sie braucht mehr zivile Konfliktkompetenz, Entwicklungszusammenarbeit und gerechtere Handelsbeziehungen. In den kommenden Monaten können Sie mit einem «Ja» zur Initiative für einen Zivilen Friedensdienst, zur Armeeabschaffung und zum Uno-Beitritt ein Zeichen für wirkliche, zivile Solidarität setzen.

7

Am Schweizer Wesen wird die Welt nicht genesen – das Schweizer Militärwesen aber hat ihr gerade noch gefehlt. Ein Patentrezept gegen Krieg gibt es nicht. Wir können aber, zusammen mit den betroffenen Menschen, an der Veränderung derjenigen Verhältnisse arbeiten, welche Leid verursachen. Gerade auch im Hinblick auf die vielen Konflikte, die nicht in unsere Wohnstuben flimmern. Konflikt – Eskalation – Militäreinsatz – Konflikt – Eskalation – Militäreinsatz: Dieser Teufelskreis ist ein Teil des Problems, nicht ein Teil der Lösung. Brechen wir ihn auf. Der erste Schritt dazu ist Ihr «Nein» zum neuen Militärgesetz.

>>

KRIEGE ZERSTÖREN DIE MENSCHENRECHTE

Unter den Augen derselben Nato-Truppen, die ihren Kosovo-Krieg mit humanitären Argumenten rechtfertigten, wurden in den letzten beiden Jahren zigtausende Roma, SerbInnen und albanische Oppositionelle aus dem Kosovo vertrieben; Hunderte fielen dem Terror zum Opfer. Und nicht die Nato, sondern die serbische Opposition hat Milosevic zum Rücktritt gezwungen. Die Bilanz von zehn Jahren Luftkrieg und Embargo gegen den Irak ist noch düsterer: Eine Million Tote und eine Generation unterernährter, um ihr Leben betrogener Kinder sind die Folge – und Saddam Hussein ist weiterhin an der Macht. Wenn oben Bomben abgeworfen werden, kommen unten weder Menschenrechte noch Demokratie heraus.

Wann, wo und wie auf dieser Welt militärisch interveniert wird, hat nichts mit Menschenrechten zu tun, sondern mit Machtpolitik. Länder wie das Nato-Mitglied Türkei, Kolumbien oder Indonesien führen verbrecherische Kriege gegen ihre eigene Bevölkerung und werden gleichzeitig von den USA und anderen westlichen Staaten aufgerüstet. Wer wirklich die Zivilbevölkerung schützen will, der stärkt die Friedenskräfte vor Ort.

«HUMANITÄR» UND «MILITÄR» – EIN GEGENSATZ

Die zunehmende Vermischung von bewaffneter Intervention und Nothilfe hat verheerende Konsequenzen. Im Kosovo-Krieg machte die Nato dem Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge die humanitäre Führungsrolle streitig. Die Folge: Zivile HelferInnen mussten flüchten, weil sie von den serbischen Truppen nur noch als Anhängsel der Intervention wahrgenommen wurden. Hunderttausende von Flüchtlingen wurden während Wochen alleine gelassen. Das Ansehen der Uno-Flüchtlingshilfe wurde langfristig geschädigt.

Der damalige IKRK-Präsident Cornelio Sommaruga erklärte gegen Ende des Krieges, das Schlimmste sei die «Vermischung von militärischem Einsatz und humanitärer Hilfe». Er forderte eine «klare Distanz zu den bewaffneten Streitkräften» und prangerte die «Konfusion zwischen der Arbeit der Hilfswerke und den Militärs» an, «besonders wenn unklar ist, wofür das Militär seine Waffen eigentlich gebrauchen soll».

Sommaruga wusste: Humanitäre Hilfe muss «von Hilfswerken unparteiisch, neutral und unabhängig» geleistet werden – so wie dies Tag für Tag auf der ganzen Welt in vielen vergessenen Kriegen und Konflikten geschieht. Das neue Militärgesetz würde die Bedingungen dafür verschlechtern.

ZIVILE LÖSUNGEN!

Die friedenspolitischen Gegnerinnen und Gegner der Militärgesetzrevision haben massgeblich zum Zustandekommen der Uno-Initiative beigetragen: «Die Schweiz tritt der Organisation der Vereinten Nationen bei.» Ein «Ja» zum neuen Militärgesetz würde die Uno-Abstimmung im kommenden Jahr nur unnötig mit einer militärlastigen Nebendiskussion belasten. Der Beitritt zur Uno ist wichtig, weil die Staaten und Völker in der Weltorganisation einen zivilen Umgang mit Konflikten entwickeln können.

ZIVILE LÖSUNGEN!

Die Armee steht einer intelligenten Konfliktpolitik im Weg. Die kommende Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee setzt auf den Abbau von Konfliktursachen statt auf Aufrüstung: «Die Sicherheitspolitik des Bundes ist darauf ausgerichtet, konfliktträchtige Ungerechtigkeiten im In- und Ausland abzubauen. Er handelt dabei nach den Grundsätzen der Demokratie, der Menschenrechte und der gewaltfreien Konfliktbearbeitung.» Sie können diesen Weg der Solidarität noch im laufenden Jahr an der Urne unterstützen.

DIE BETEILIGUNG AN NATO-KRIEGEN WIRD MÖGLICH

Die Parlamentsmehrheit hat sich beharrlich geweigert, klare Bedingungen für die Auslandseinsätze der Schweizer Armee festzulegen. Das war beim Blauhelmgesetz von 1994 noch anders: Dieses sah ausschliesslich die Teilnahme an unparteiischen, von der Uno geführten Friedensmissionen im Einverständnis mit den Konfliktparteien vor. Gewaltanwendung war nur in Notwehrsituationen erlaubt.

Das neue Militärgesetz hingegen soll die Teilnahme an «friedensunterstützenden» Operationen regeln. Dieser Begriff aus der Nato-Sprache umfasst gemäss der offiziellen Definition des VBS auch «friedens erzwingende Einsätze». Damit sind militärische Zwangsmassnahmen ohne Zustimmung der Parteien gemeint. Und dies bedeutet: Krieg. Das Parlament hat alle Anträge abgelehnt, welche die Teilnahme an solchen Einsätzen ausschliessen wollten.

Bei «friedensunterstützenden» Operationen liegt das Kommando in den Händen der Nato oder einzelner Interventionsmächte. Die Uno ist, wenn überhaupt, gerade noch gut genug für die Mandatierung. Das neue Militärgesetz bringt uns nicht der Uno, sondern der Nato näher.

DAS NEUE MILITÄRGESETZ FÖRDERT DIE AUFRÜSTUNG

Auf der Welt wird 60 mal mehr für Armeen und Rüstung ausgegeben als für zivile Konfliktbearbeitung. Im Herbst 1998 war es unmöglich, 2'000 zivile OSZE-BeobachterInnen zur Verhinderung eines Krieges im Kosovo zu finden. Im Frühling 1999 liessen sich hingegen sofort 50'000 Soldaten für die Kfor-Truppen mobilisieren. Die neue Nato-Interventionspolitik verschärft dieses militärische Übergewicht. So hat die USA ihr Militärbudget für das Jahr 2002 um 10 Prozent auf 310 Milliarden Dollar gesteigert. Die EU-Staaten geben heute für Rüstung 14 Prozent mehr aus als im Jahr 1998.

Wird die Militärgesetzrevision angenommen, bedeutet dies auch in der Schweiz Aufrüstung. Bereits angekündigt sind die Beschaffung von Transportflugzeugen und Hubschraubern (Kostenpunkt: mindestens 500 Millionen Franken) sowie die Umrüstung der F/A-18 Kampfflugzeuge auf Nato-Kompatibilität (über zwei Milliarden). Und gleichzeitig investiert die Schweiz nicht einmal die Hälfte des von der Uno angestrebten Betrages in die Entwicklungszusammenarbeit.

Braucht eine Welt, die für das Militär viel zu viel und für den Frieden viel zu wenig ausgibt, von der Schweiz wirklich noch mehr Soldaten? Wir meinen «Nein» und verlangen stattdessen mehr Engagement in der zivilen Konfliktpolitik.

der Organisation der Vereinten Nationen bei.» Ein «Ja» zum neuen Militärgesetz würde die Uno-Abstimmung im kommenden Jahr nur unnötig mit einer militärlastigen Nebendiskussion belasten. Der Beitritt zur Uno ist wichtig, weil die Staaten und Völker in der Weltorganisation einen zivilen Umgang mit Konflikten entwickeln können.

ES GEHT NICHT UM SELBSTSCHUTZ

Die Behauptung, beim revidierten Militärgesetz gehe es um die «Bewaffnung zum Selbstschutz», ist schlicht falsch. Bereits heute erlaubt Artikel 66 Abs. 3 des geltenden Militärgesetzes: «Der Bundesrat kann einzelnen Personen zum Selbstschutz den Waffengebrauch bewilligen.» Die Kosovo-Truppe «Swisscoy» wird von bewaffneten Festungswächtern begleitet, und die übrigen SoldatInnen rüsten sich mit Sturmgewehren aus, wenn sie das Lager verlassen.

Das neue Gesetz aber ist so offen formuliert, dass alles möglich wird – selbst der Einsatz von schweren Waffen, wenn dies «für die Erfüllung des Auftrags erforderlich ist». Bereits heute üben Schweizer F/A-18 Flugzeuge Langstreckeneinsätze im Nato-Verbund. Das neue Militärgesetz würde den Einsatz der Luftwaffe auch im Interventions-Ernstfall erlauben.

WIR STIMMEN 2x NEIN ZUM MILITÄRGESETZ



Susanne Leutenegger Oberholzer, Nationalrätin SPS

Die Schweiz braucht eine politische Öffnung. Das Militärgesetz führt aussenpolitisch in die Sackgasse und dient zur Legitimation zu hoher Rüstungsausgaben.



Carmen Jud, Geschäftsführerin Christlicher Friedensdienst cfd

Wir setzen auf zivile Friedensförderung und wehren uns gegen die Militarisierung der Politik. Nicht SoldatInnen, sondern die gestärkte Zivilgesellschaft, demokratische NGOs, staatliche Diplomatie und gerechte Wirtschaftsbeziehungen sind geeignet für die Umsetzung friedensstiftender Projekte.



Cécile Bühlmann, Nationalrätin Grüne

Das neue Militärgesetz dient der Flüchtlingsabwehr: Die Schweizer Armee soll nach Kosovo gehen, damit weniger Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Dies ist Ausdruck einer Abwehr- und keiner Öffnungslogik.



Remo Gysin, Nationalrat SPS

Für eine solidarische Aussenpolitik: Mit dem «Ja» zur Uno-Initiative für die zivile Öffnung und mit dem «Nein» zum Militärgesetz gegen die Nato-Annäherung.

schrauben (Kostenpunkt: mindestens 500 Millionen Franken) sowie die Umrüstung der F/A-18 Kampfflugzeuge auf Nato-Kompatibilität (über zwei Milliarden). Und gleichzeitig investiert die Schweiz nicht einmal die Hälfte des von der Uno angestrebten Betrages in die Entwicklungszusammenarbeit.

Braucht eine Welt, die für das Militär viel zu viel und für den Frieden viel zu wenig ausgibt, von der Schweiz wirklich noch mehr Soldaten? Wir meinen «Nein» und verlangen stattdessen mehr Engagement in der zivilen Konfliktpolitik.

ZIVILE LÖSUNGEN!

Die Volksinitiative für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst (ZFD) schafft Perspektiven für eine solidarische Aussenpolitik. «Der Zivile Friedensdienst trägt im In- und Ausland dazu bei, Gewaltverhältnisse abzubauen sowie deren Neuentstehung zu verhindern. Dazu entwickelt er insbesondere Massnahmen zur Früherkennung und Prävention von Gewaltpotenzialen, zum Schutz der Lebensgrundlagen, zur friedlichen Beilegung gewalttätiger Auseinandersetzungen und zum sozialen Wiederaufbau.» In den kommenden Monaten können Sie diesen innovativen Ansatz für mehr ziviles Konfliktengagement der Schweiz mit Ihrer Stimme unterstützen.



Nico Lutz, GSoA

Die Armee hat sich mit Händen und Füssen gegen die friedenspolitischen Änderungsanträge gewehrt, um sich alle Optionen offen zu halten. Darum blieb nur noch ein Referendum.



Rita Schiavi, Vizepräsidentin Gewerkschaft Bau und Industrie GBI

Das neue Militärgesetz hat mit Solidarität nichts zu tun. Es soll vielmehr die Armee und wieder steigende Rüstungsausgaben legitimieren.



Dimitri, Clown

Ich hoffe, die Schweiz öffnet sich politisch, engagiert sich für den Wiederaufbau und hilft, Konflikte ohne Waffen zu lösen.



Franco Cavalli, Nationalrat SPS

Die Schweiz muss sich zur Welt öffnen – aber mit zivilen, solidarischen Mitteln. Das Militärgesetz hingegen führt durch die militärische Hintertüre direkt zur Nato.